

Eine Frage des Zeithorizonts

Sanktionen gegen Russland bewegen langfristige Erdölpreise

gho. · Man stelle sich vor: Die EU erlässt Sanktionen gegen den Erdölsektor des wahlweise grössten oder zweitgrössten Rohölproduzenten der Welt – und der Preis für das schwarze Gold tendiert nach unten. So geschah es vorläufig bei den Massnahmen gegen Russland. Trotzdem verwundert die Preisentwicklung nicht: Die EU-Sanktionen zielen nicht auf kurzfristige Effekte, sondern auf eine Schwächung der Produktionsbasis in der Zukunft (siehe nebenstehenden Text). Zudem quittierten die Marktteilnehmer Meldungen, dass Moskau nach dem Erlass der europäischen und US-Sanktionen Energielieferungen eindämmen könnte, mit einem Achselzucken. Russlands Staatshaushalt ist in hohem Masse von den Erdöleinnahmen abhängig.

Erdgas ist ausgeklammert

David Fyfe, Erdölexperte beim Rohstoffhändler Gunvor, gibt zudem zu bedenken, dass die schlechteren Aussichten für die ukrainische, russische und auch EU-Wirtschaft die Energiepreise dämpften. Bei längerfristigen Preisen sieht es jedoch anders aus: Bei Terminkontrakten für längere Fristen haben sich die Notizen erhöht, was ein Zeichen dafür ist, dass die Marktakteure von Sanktionswirkungen in der Zukunft ausgehen. Laut Fyfe geht ein grosser Teil der längerfristigen Preiserhöhungen aber auf die Kappe des Iraks, wo sunnitische Extremisten einen Bürgerkrieg angezettelt haben. Der irakische Erdöllexport wurde davon aber noch nicht beeinträchtigt. Die Sanktionen gegen Russland verstärken aber die Befürchtungen um eine zukünftige Verknappung des Angebots.

Die Verschärfung der Massnahmen gegen Russland zeigt aber auch, dass die USA und die EU durchaus gewillt sind, einschneidendere Aktionen zu setzen. Damit stellt sich auch die Frage, wie eine weitere Eskalation aussehen könnte, wenn es zu keiner Lösung mit Russland kommen sollte. Der russische Importstopp für Agrargüter aus bestimmten Ländern deutet nicht auf eine schnelle Beilegung des Konflikts hin.

Zunächst könnte das Gasgeschäft in das Sanktionsregime einbezogen werden. Bisher wurde Erdgas ausgeklammert. Die Abhängigkeit mancher EU-Staaten von Russland ist grösser beim Erdgas als beim Erdöl. Deshalb sind EU-Sanktionen in diesem Bereich eher unwahrscheinlich. Die Möglichkeit einer russischen Einschränkung des Exports wurde bisher als gering eingeschätzt. Fyfe verweist darauf, dass Russland traditionellerweise den Ruf eines

zuverlässigen Lieferanten habe, die Gasvorräte relativ hoch seien und die Nachfrage gedämpft sei. Russland beliefert aber die Ukraine nicht mehr. Die Situation könnte sich zuspitzen, wenn es kälter wird und der Gasbedarf steigt.

Steuer auf russische Exporte

Im Erdölsektor wäre die Verhängung eines Importverbots für russische Lieferungen eine radikale Massnahme. Die USA und die EU belegten Iran mit dieser Art der Sanktionen. Der Erdölpreis würde dabei sicherlich anziehen, was aber auch ein solches Embargo unwahrscheinlich macht.

Jonas Grätz, Experte für Sicherheitsfragen an der ETH Zürich, schlägt eine Steuer auf russische Erdgas- und Erdöllieferungen vor. Dadurch könnte beispielsweise ein völliges Embargo vermieden werden, die Steuer wäre eine Abgeltung der politischen Kosten der Abhängigkeit. Bei einem angenommenen Satz von 20% würde die Abgabe bei der heutigen Liefermenge einen jährlichen Ertrag von 60 Mrd. € erbringen. Die Einnahmen könnten laut Grätz für den Bau von Energieinfrastruktur, für den Umbau des Transportsektors oder zur Kompensation von Verlierern eingesetzt werden.